Redaktion, Druck und Verlag von R. Graßmann, Kirchplatz Nr. 3.,
Mitredakteur: R. Hahn.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.
Annahme: Schulzenstraße 17, Kirchplatz 3

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr. monatlich 12½ Sgr., für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№. 598. Abendblatt. Montag, den 21. Dezember 1868.

Landtags-Verhandlungen.

Herrenhaus.

Siebente Sitzung vom 19. Dezember.

Die Sitzung wird um 10 Uhr 20 Min. durch den Präsidenten Graf Eberhard zu Stolberg-Wernigerode eröffnet.

Am Ministertisch Dr. Leonhardt, Graf v. Bismarck.

Erster Gegenstand der Tagesordnung: Bericht der Justizkommission über den Gesetzentwurf, betreffend die juristischen Prüfungen und die Vorbereitung zum höheren Justizdienst. — Die General-Diskussion wird durch den Referenten Herrn Blömer eingeleitet. — Derselbe giebt die Motive, welche eine Aenderung des bisherigen Prüfungsreglement veranlaßt haben und setzt die Abweichungen (zwei Prüfungen statt der bisher bestehenden drei) auseinander und begründet sodann die von der Kommission vorgeschlagene Aenderung der Regierungs-Vorlage, sowie die Beibehaltung der akademischen Trienniums für das Studium der Jurisprudenz, statt des von der Regierung vorgeschlagenen Quadrienniums. Ferner hebt Redner hervor, daß bei Anstellung der Verwaltungsbeamten künftig nur solche Beamten berücksichtigt werden sollen, welche die juristischen Examina abgelegt hätten. Redner empfiehlt schließlich die Annahme des Kommissions-Antrages.

Professor Teilkampf hebt als wichtigsten Gegenstand der Examen die Volkswirthschaft hervor, und wünscht dieselbe ganz besonders berücksichtigt.

Ministerpräsident Graf Bismarck: Ich ergreife zunächst das Wort, um ein Recht der Krone zu wahren. Nach der Ansicht des Referenten solle der König nicht mehr befugt sein, zu Verwaltungs-Aemtern Andere zu ernennen, als solche Personen, welche die juristischen Prüfungen absolvirt. Diese Ansicht vom juristischen Standpunkte zu widerlegen, überlasse ich dem Herrn Justizminister und seinen Organen. Ich verwahre mich hier als Staatsminister, weil hier ein Recht der Krone angegriffen wird, das ausgeübt worden ist, so lange ich denken kann. Es gehört zu den Rechten der Krone, auch geeignete Personen aus anderen Kreisen, die nicht die juristischen Prüfungen abgelegt haben, anzustellen. Ich bitte Sie, die Regierung nicht in bureaukratische Vorschriften einzuzwängen. Dadurch machen Sie die Heranziehung geeigneter Männer zum Staatsdienst oft unmöglich. Ich erinnere an den ehemaligen Finanzminister v. Rother der von einfacher Stellung zu der hohen Stellung eines preußischen Finanzministers emporstieg. Mit Ihrer Bestimmung wäre das nicht möglich. Solchen Bestrebungen werde ich unbedingt entgegen treten. Ich nehme Anstand, über das vom letzten Redner Angeregte, eine Einklärung abzugeben, da die Berathungen darüber noch im Staatsministerium schweben. Es ist allerdings eine Aenderung der Prüfungsbestimmungen beabsichtigt, allein Definitives ist hierüber noch nicht festgestellt. Daß wir so viele tüchtige Verwaltungsbeamte bisher besessen, welche nicht aus der Zahl der Juristen hervorgegangen, spricht aber für die Tüchtigkeit der Menschenrace, welche Preußen bewohnt. Wer Gelegenheit gehabt, zu sehen, wie die jungen Männer, nachdem sie keine 20 Jahre im Verwaltungsdienste thätig gewesen, als gebrochene Regierungsräthe dastehen, so muß man sich sagen, daß in der administrativen Carriere etwas Zersetzendes liegt. Dann will ich auf Artikel 8 hinweisen, in welchem die Frage aufgeworfen ist, ob die jüngeren Justizbeamten auch an der Administration theilnehmen sollen. Die Regierung wünscht dringend, daß an ihrer Vorlage festgehalten wird, sie legt hohen Werth darauf, daß der Richter an der Administration und der Administrativbeamte an der Justiz partizipire. Beide müssen auf diese Weise ihren Gesichtskreis erweitern.

Graf Rittberg tritt dem York'schen Antrage entgegen und schließt sich den Ansichten des Professors Tellkampf entgegen.

Nachdem der Gesetzentwurf noch von einigen Rednern beleuchtet worden ist, nimmt das Wort

Professor Helschner und spricht sich ganz entschieden für die Verminderung der Examina aus. Wenn die jungen Leute wüßten, daß das erste Examen nicht schwierig sei und daß erst nach langer Zeit die eigentlich entscheidenden Examina kämen, so verbrächten sie ihre Studienzeit in Unthätigkeit, das zeige sich nirgends mehr als bei den Juristen. Wenn sie in die ersten praktischen Uebungen eintreten, dann finge ihr Studium erst an, während sie sich gerade sammeln und nicht zersplittern sollten. Früher hätten die Zwangskollegia bestanden, die seien mit Recht abgeschafft, denn in der Studienzeit solle der junge Mann lernen auf eigenen Füßen stehen. Als Vorsitzender des Aufsichtskollegiums über die gestundeten Kollegien in Bonn habe er die bittersten Erfahrungen gemacht. Viele Studirende nähmen ihr Ende in Australien, in Amerika, sinken in die untersten Schichten der Gesellschaft, oder endeten gar in Zuchthäusern, das beweisen die Annalen der Quästuren. Damit der junge Mann lerne, eine sittliche Verantwortung zu fühlen und im Interesse der Wissenschaft bitte er um die Annahme des Antrages.

Herr von Meding erklärt sich für den Gesetz-Entwurf.

Justizminister Leonhardt: Ich stehe dem Entwurfe nicht als Theoretiker gegenüber, ich habe darin mehr Erfahrungen als irgend Jemand. Ich war nämlich 15 Jahre lang Vorsitzender zweier Staatsprüfungs-Kommissionen im ehemaligen Königreich Hannover. Was den Gesetzentwurf anbetrifft, so ist vielleicht keiner so wichtig für den Staatsdienst, wie eben der Herr Prof. Helschner wünscht, daß dem Examinibus ein größer Ernst als bisher gegeben werde. Man kann hier durch Vorschriften nichts erreichen; auf den Geist, in dem das Examen geleitet wird, kommt Alles an. Die Uebelstände, die Herr Professor Helschner hervorhob, sind schwer zu heben, die jungen zur Universität kommenden Leute betrachten diese als eine Stätte, wo sie sich, von der Schule losgebunden, freier bewegen können. Ich habe nachgedacht, ob sich diesen Uebelständen nicht durch eine Reform der Unterrichtsmethoden an der Universität abhelfen lasse. Ich werde mit dem Herrn Kultusminister darüber konferiren. Auf das erste Examen ist ein besonderes Gewicht zu legen. Der junge Mann muß sehen, ob er zu der eingeschlagenen Laufbahn befähigt ist. An der Uebersetzung und Erklärung leichter Stellen des corpus juris erkenne man, wos der Prüfling gelernt habe. Das sei Aufgabe der ersten Prüfung. Wenn Prof. Helschner meint, die jungen Leute sollten sich vielseitig beschäftigen, so glaube er, Gründlichkeit in einem Gegenstande sei die Hauptsache, Vielwisserei führe zu Nichtwissen.

Zu dem Antrag sprechen noch v. Dernburg (der sich zugleich für ein quadriennium academicum ausspricht), Geheimer Rath v. Höpner, Graf v. York, v. Kleist-Retzow, v. Camphausen. — Schluß der Generaldiskussion.

Ueber §. 1 erhebt sich eine längere Debatte; derselbe wird schließlich nach Ablehnung eines Amendements, welches das quadriennium academicum will, angenommen, ebenso ohne Debatte die §§. 2 und 3. §. 4 wird angenommen nach Ablehnung eines Amendement des Prof. Tellkampf. Es werden ferner angenommen die §§. 5, 6, 7, 8.

Zu §. 8 hatte sich eine ausgedehnte Debatte entsponnen, in welcher die Frage, wie lange der Jurist sich im Verwaltungsdienst vorbilden solle, ehe er definitiv angestellt wird, erörtert wurde. §. 9 wird mit einer geringen Abänderung der Kommissionsvorlage angenommen. §. 10 wird in der von der Kommission empfohlenen Form der Regierungsvorlage angenommen, ebenso §. 11 nach der Kommissionsvorlage. §. 12 wird nach der Kommissionsvorlage angenommen, mit Ausnahme des abgelehnten Alinea 2 — §. 13 wird ohne Debatte angenommen. §. 14 wird nach der Regierungsvorlage, ebenso wie §. 15 und §. 16 angenommen. Damit ist der Gesetzentwurf angenommen.

Hierauf nimmt der Herr landwirthschaftliche Minister v. Selchow das Wort, um dem Hause 3 neue Gesetzentwürfe vorzulegen.

1) „Entwurf betreffend ein Fischereipolizeigesetz in dem Umfang des Regierungsbezirk Wiesbaden.

2) Gesetzentwurf, betreffend Aufhebung des Jagdrechtes auf fremden Grund und Boden in den zum ehemaligen Kurfürstenthum Hessen gehörigen Landestheilen und in den Herzogthümern Schleswig-Holstein.

3) Der in der letzten Thronrede schon zugesagte Entwurf eines Jagdpolizeigesetzes." Das letzte Gesetz sei von der Regierung vorgelegt nach Anhörung der Stimmen des Landes, nachdem man sich von der Unhaltbarkeit der bisher bestehenden Zustände überzeugt.

Ueber die geschäftliche Behandlung der Vorlagen entspinnt eine Debatte. Es wird gewünscht, daß in der vorberathenden Kommission, Hessen, Rheinländer und Schleswig-Holsteiner vertreten sein mögen. Die Ergänzungswahlen werden nach der Sitzung von den Abtheilungen vorgenommen werden.

Hierauf wird die Sitzung um 4¼ Uhr bis Abends 8 Uhr vertagt.

Abgeordnetenhaus.

Achtundzwanzigste Sitzung vom 19. Dezember.
(Schluß.)

Abg. v. Hennig: Er habe eigentlich wenig hinzuzufügen, da Abg. Löwe seinen Antrag völlig überzeugend begründet habe. Die Schlacht- und Mahlsteuer sei in moralischer, volkswirthschaftlicher und sanitätlicher Beziehung eine sehr verderbliche. Der Grund des Vorredners, daß der Antrag in die Selbstverwaltung der Kommunen eingreife, sei nicht stichhaltig. Solchen Thatsachen gegenüber könne man doch die Aufrechthaltung der Steuer nicht rechtfertigen. Wir kommen mit dem Antrage wieder und endlich wird derselbe doch durchdringen und unser Vaterland von dieser schädlichen Steuer befreien.

Reg.-Komm. Geh. Ober-Finanzrath Burghardt: Die Regierung kann doch gewiß nicht die Absicht haben wollen, lediglich aus Bequemlichkeit durch die Mahl- und Schlachtsteuer die Krankenhäuser, Kirchhöfe oder gar die Zuchthäuser zu füllen. Das Fallen und Steigen der Mahlsteuer ist lediglich eine Folge der Ernteerträge, eine Folge davon, ob mehr Weizen- oder Roggenmehl genossen wird. Die übereinstimmende Auskunft vieler Magisträte, bei denen die Schlacht- und Mahlsteuer aufgehoben sei, gehe dahin, daß keine Ermäßigung der Preise eingetreten sei, daß vielmehr nur die Bäcker und Schlächter den Vortheil davon gehabt hätten. Im Namen der Regierung habe ich zu erklären, daß sie sich in keiner Weise anheischig machen kann, dem Antrage, falls er angenommen werden sollte, Folge zu geben.

Abg. Heise: Heiße das Decentralisation, wenn man Dinge, die man bei den städtischen Behörden nicht durchsetzen könne, nun hier erreichen wolle? Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung lassen sich in Ausübung ihrer Pflicht von keiner andern Rücksicht leiten, als vom Interesse für die von ihnen vertretene Bevölkerung. Wie wenig die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer in den Wünschen der Bevölkerung liegt, haben die letzten Stadtverordneten-Wahlen zur Evidenz bewiesen. Trotz der Organisation und trotz des Central-Comités habe man die Erfahrung gemacht, daß die Gegner der Mahl- und Schlachtsteuer in der Stadtverordneten-Versammlung stärker geworden seien. Nach Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer werde weder das Brod noch das Fleisch billiger, letztere aber gewiß schlechter. (Sehr richtig!) Man möge nicht mit Theorien streiten. Theorie bleibe grau, halte man sich an die Praxis.

Abg. Virchow bezeichnet die Mahl- und Schlachtsteuer als eine Abnormität, welche die regelmäßige Thätigkeit des Volkes hemme, der Freizügigkeit hindernd in den Weg trete. Ein armer Arbeiter brauche brauche an einem Tage so viel Brod, wie eine wohlhabende Familie in einer ganzen Woche. Daraus ergebe sich, wie viel Mahlsteuer ein solcher armer Mann zu zahlen habe. Allerdings sei die Mahl- und Schlachtsteuer für die Kommunen außerordentlich bequem, denn die Erhebung derselben besorge der Staat. Aber keine Kommune werde die Mahl- und Schlachtsteuer einführen, wenn an sie neu die Frage herantrete, welche Steuer sie erheben wolle. Die Besteuerung der ersten Lebensbedürfnisse sei eine Ungerechtigkeit. Wir werden nicht müde werden, auch in städtischen Kreisen die Sache zu verfolgen und hoffen doch noch ein günstiges Resultat zu erzielen.

Nach einer kurzen Erwiederung des Reg.-Komm. Burghardt wird die Diskussion geschlossen und der Antrag des Abg. Löwe bei Zählung mit 154 gegen 134 Stimmen angenommen.

Zu Titel 9 (Stempelsteuer) beantragt Abg. v. Eynern: „Die Staatsregierung aufzufordern, die zur Ausführung des Gesetzes vom 2. September 1862, betreffend die Anfertigung und Verwendung von Stempelmarken zu inländischen Wechseln, Handels-Papieren und Anweisungen in derselben Weise wie zu ausländischen Wechseln ꝛc. gestattet werde.

Der Reg.-Komm. Burghardt erklärt sich gegen diesen Antrag, indem er darauf hinweist, welche Schwierigkeiten derselbe der strengen Ausführung des Wechselstempelgesetzes entgegensetze.

(Die Diskussion dieses Antrages erfolgt unter sichtlicher Abspannung der nur noch spärlich anwesenden Abgeordneten.)

Der Abg. v. Eynern schildert die Unbequemlichkeit und die Nachtheile, welche durch das gegenwärtige Verfahren für den Handels- und Gewerbestand entstehen. — Der Abg. v. Dechend erklärt sich für den Antrag, indem er anführt, daß die preußische Bank gar nicht der Ansicht sei, daß ein Versuch mit der Ausführung dieses Antrages sich wohl der Mühe lohne. — Der Reg.-Komm. Burghardt erwiedert dagegen, daß die preußische Bank gar nicht in der Lage sei, den Umfang der Defrauden zu beurtheilen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag mit großer Majorität angenommen.

Zu Tit. 10 (Elbzölle) beantragt Abg. v. Sybel: „Die Position: Einnahmen der Elbzölle 133,060 Thlr. abzusetzen." Der Abg. Unruh bemerkt zur Begründung seines Antrages: die fernere Erhebung der Elbzölle steht mit den sonst allgemein gültigen Grundsätzen über die Benutzung der internationalen Ströme im Widerspruch und müsse mit Sicherheit erwartet werden, daß es der Königlichen Staatsregierung gelingen werde, in kürzester Frist die Hindernisse zu beseitigen, welche der Aufhebung der Zölle z. Z. noch entgegenstehen.

Reg.-Komm. Burghardt: Die Regierung habe schon im vorigen Jahre die schleunige Beseitigung des Elbzolles als eine dringende Aufgabe der preußischen Regierung anerkannt. Der Finanzminister habe Alles gethan, um der weiteren Einziehung dieser Abgabe so bald als möglich überhoben zu sein. Die Verhandlungen hätten leider nicht das erwünschte und erhoffte Resultat gehabt, es sei von den konkurrirenden Regierungen namentlich darauf hingewiesen worden, daß der Zoll am besten im Wege der Bundesgesetzgebung beseitigt werde und es sei deshalb zu erwarten, daß in kurzer Zeit die Sache auf dem Wege der Bundesgesetzgebung geregelt werde. Gegen den Antrag müsse die Regierung sich erklären.

Abg. v. Sybel zieht in Folge dessen seinen Antrag zurück.

Der Etat der indirekten Steuern wird erledigt.

Der Finanzminister überreicht Namens des Handelsministers einen Gesetzentwurf, betreffend die Verwendung der verfallenen Eisenbahn-Kautionen von 500,000 Thlr. Die Summe soll der bergisch-märkischen Bahn behufs des Baues zweier Eisenbahnstrecken überwiesen werden. — Die Vorlage geht an die vereinigten Kommissionen für Handel und Finanzen.

Die Petitionen, welche zur Berichterstattung nicht geeignet sind, werden ohne Debatte erledigt und der Präsident v. Forkenbeck konstatirt darauf die Unmöglichkeit, den Etat bis zum Beginne des künftigen Jahres zu erledigen. Er schlägt deshalb die Vertagung der Sitzungen bis zum 7. Januar k. J. vor, da die übrigen Vorlagen noch eine angestrengte Thätigkeit der Mitglieder des Hauses erfordern werden.

Der Finanzminister erklärt, daß die Staatsregierung es bedauere, daß der Etat nicht rechtzeitig erledigt werden könne und daß sie in Folge dessen in der nächsten Sitzung eine Vorlage, wie im vorigen Jahre, wegen Fortdauer des diesjährigen Etats einbringen werde.

Damit schließt die Sitzung um 2½ Uhr. — Nächste Sitzung: 7. Januar 1869, 12 Uhr. Tagesordnung: Direkte Steuern ꝛc.

Deutschland.

□ **Berlin**, 19. Dezember. Ein englisches Blatt, die „Pall-mall-Gazette," spricht sich heute in einem eingehenden Leitartikel darüber aus, wie der österreichische Reichskanzler die ungarische Frage gegen Preußen auszubeuten und Ungarn mit Argwohn gegen die preußische Politik zu erfüllen bemüht ist. Das englische Blatt weist darauf hin, daß der Ministerpräsident Graf Bismarck, wenn er auch in der Angelegenheit der hannoverschen Legion Grund genug zu Remonstrationen gegen Oesterreich gehabt, doch Alles vermieden, was wie eine Provokation Oesterreichs aussieht, und in seinen Depeschen niemals eine gereizte Sprache gegen Oesterreich geführt habe. Um so auffallender sei es gewesen, daß der Reichskanzler ein Rothbuch zusammengestellt habe, in welchem die Behandlung der rumänischen Frage als gegen Preußen zugespitzt sich darstelle, und daß er zugleich in Ungarn Aufregung gegen Preußen durch die Insinuation zu erregen suche, Preußen gehe darauf aus, den rumänischen Theil von Siebenbürgen, also einen Theil von Ungarn loszureißen und mit Rumänien zu vereinen. Der Grund dieser Politik des österreichischen Reichskanzlers, sagt das Blatt, liege darin, daß ihm die Hinneigung Ungarns zu Preußen unbequem sei. Ungarn wisse, daß es durch Oesterreich früher nur mit Hülfe Deutschlands niedergehalten worden sei und sei daher der Neugestaltung Deutschlands unter preußischer Führung günstig gestimmt. Um diesem entgegenzuarbeiten, suche nun der Reichskanzler den Verdacht der Ungarn gegen Preußen zu erregen, indem er denselben einreden ließe, daß Preußen im Bunde mit Rumänien an eine Verleinerung ihres Machteebiets denke. Hiermit geht noch das Manöver Hand in Hand, daß die österreichischen Blätter die Mittheilungen der ungarischen Presse in Betreff Preußens verstümmeln. Dieselben suchen in dieser Weise die Meinungzu verbreiten, daß Ungarn andere Anschauungen über die Politik Preußens gewonnen habe und jetzt der Ansicht sei, daß eine weitere Entwickelung der deutschen Verhältnisse zum Nachtheil Ungarns sich wenden müsse. Dabei verschweigen aber diese Blätter, daß die ungarischen Organe nur für den Fall, wenn Preußen auf Rußland gestützt seine Macht mit Gewalt in Deutschland ausdehnen werde, ein Zusammengehen der Ungarn mit Oesterreich in Aussicht stellen. Bekanntlich denkt indessen Preußen, wie es schon oft erklärt hat, nicht daran mit Gewalt über den Main zu gehen, am wenigsten mit Hülfe einer fremden Macht, was dasselbe um alle Sympathien beim deutschen Volke bringen würde. Dies so Einiges über die Flunkereien, die von Wien ausgehen. Die Besorgniß, daß die Fertigstellung des Staatshaushalts vor Ende des Jahres nicht zu Stande kommen werde, hat sich leider bestätigt. Wir haben uns selbst der Zustimmung der liberalen Blätter zu erfreuen, insofern wir behaupten, daß die Fertigstellung des Etats bis Weihnachten hätte bewirkt werden können, wenn die Berathungen nicht eine sachlich durchaus nicht gerechtfertigte, alles Maaß überschreitende Ausdehnung gewonnen, und wenn der Rede- und Amendirungsluft auch nur noch in den letzten Tagen ein wenig mehr der Zaum angelegt worden wäre. Die Verantwortlichkeit für das Nichtzustandekommen des Etats trägt daher nur das Abgeordnetenhaus, das sich heute vertagt hat und nun bei seinem Wiederzusammentritt am 7. Januar die Etats-Berathungen noch einmal in Angriff nehmen muß. Das Publikum hat über diese Berathungen die Geduld übrigens schon lange verloren und

denselben in letzter Zeit nur noch sehr geringe Theilnahme geschenkt. — Nachrichten aus Ostpreußen zufolge gestalten sich die dortigen materiellen Verhältnisse sehr erfreulich und sind neue Nothstände, die von einem Theile der demokratischen Presse mit einem gewissen Jubel angekündigt wurden, in keiner Hinsicht zu befürchten. Zur Aufbesserung der Lage der untern Klassen, hat namentlich die gute Kartoffelernte sehr wesentlich beigetragen; auch der Körner-Ertrag ist, wenn auch nicht immer in quantitativer, so doch in qualitativer Hinsicht eine gute zu nennen. Ein äußeres Zeichen der gebesserten Zustände ist auch darin zu erkennen, daß viele kleine Besitzer, die Darlehen empfangen haben, mit Rückerstattung derselben noch vor der Verfallzeit begonnen haben. Vortheilhaft hat namentlich auch die Einführung guten Saatgetreides, an dem früher Mangel war, und die Hebung der Verkehrsverhältnisse gewirkt, so daß die letzte Heimsuchung der schwergeprüften Provinz in dieser Hinsicht sogar zum Segen gereicht. — Auf Anordnung des Ministers für landwirthschaftliche Angelegenheiten hat der Geh. Regierungs-Rath v. Salviati, welcher bekanntlich als preußischer Kommissarius bei der letzten Weltausstellung in Paris fungirte, die Zusammenstellung von Berichten über den landwirthschaftlichen Theil derselben übernommen. Es ist dies ein sehr umfangreiches Werk geworden, das sich vorzugsweise anf die Berichte einer nicht unbedeutenden Zahl von Personen, die vom Minister v. Selchow zur Berichterstattung nach Paris gesandt worden waren, wie auch solcher gründen, welche freiwillige Beiträge gegeben haben. Sonstiges Material ist ebenfalls benutzt. Es ist jetzt der Theil des Buchs erschienen, welcher die Erzeugnisse des Pflanzen- und Thierreichs und das Rüstzeug des Landwirths, mit Ausnahme der Maschinen und Geräthe, nebst verschiedenen Uebersichten und einem Anhange enthält. Der Letztere handelt n. A. über die landwirthschaftlichen Unterrichtsmittel auf der Ansstellung und die im Auftrage des preußischen landwirthschaftlichen Ministeriums ausgestellten Gegenstände.

Stuttgart, 19. Dezember. Bei der heute fortgesetzten Debatte über die Adresse sprach sich der Minister v. Varnbüler gegen den Adreßentwurf der Majorität aus und erklärte, daß die Regierung an den bestehenden Verträgen jederzeit festhalten werde. — Die General-Diskussion über den auf die deutsche Frage bezüglichen Theil der Adresse wurde in der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkammer beendigt. Nach Schluß derselben wurde der Entwurf der national-liberalen Partei mit 64 gegen 23 Stimmen abgelehnt, desgleichen der vermittelnde Antrag Sarwey's mit 51 gegen 36 Stimmen; dagegen wurde der von der Majorität der Adreßkommission eingebrachte Entwurf mit 46 gegen 41 Stimmen genehmigt. Die Spezialdiskussion über den letzteren wird in der heutigen Abendsitzung beginnen. — In der heutigen Abendsitzung der Abgeordnetenkammer wurde die Adresse auf die Thronrede schließlich mit 49 gegen 38 Stimmen abgelehnt. (Sensation).

Ausland.

Wien, 19. Dezember. Das „Korrespondenzbureau" meldet aus Konstantinopel vom heutigen Tage: Die bei der Pforte eingesetzte Kommission hält täglich Sitzungen. Der Polizeiminister hat Befehl erhalten, darüber zu wachen, daß die Griechen die ihnen für ihre Abreise zugestandene Frist innehalten.

Prag, 16. Dezember. Bei den Gemeinde-Ergänzungswahlen sind die Kandidaten der deutschen Partei in zwei Wahlkörpern der Judenstadt und außerdem in zwei weiteren Wahlkörpern durchgedrungen. In den anderen Wahlkörpern haben unter starker Betheiligung die Czechen gesiegt, welche somit wieder über 80 Stimmen gebieten, während der deutschen Partei 10 zur Verfügung stehen. „Nasche Listy" sagen aus Anlaß der Wahlen: „Die Ziffern, welche dort, wo wir siegten und wo wir unterlagen, für unser Uebergewicht Zeugniß geben, verkünden auch weiterhin der Welt, daß Prag czechisch ist, war und sein wird."

Pesth, 16. Dezember. In der heutigen Sitzung des israelitischen Kongresses wurde der Kandidat der Fortschrittspartei, Dr. Hirschel aus Pesth, mit 115 gegen 90 Stimmen zum Präsidenten gewählt. Die Orthodoxen hatten ihren Kandidaten Leopold Poper ebenfalls aus dem Lager der Fortschrittspartei aufgestellt.

Triest, 16. Dezember. Die verurtheilten Redakteure Levi, Ullmann und Viezzoli haben sich geflüchtet.

Bern, 19. Dezember. Der Nationalrath hat den Bundesrath aufgefordert, darüber zu berichten, ob eine Revision der Bundesverfassung zu empfehlen sei. Aus Basel werden Gerüchte über bevorstehende Arbeiterunruhen gemeldet.

Paris, 18. Dezember. Das neue Kabinet ist der Ausdruck des überwiegenden Einflusses von Rouher. Der Staatsminister vereinigt virtuel die Ministerien der auswärtigen und innern Angelegenheiten in seiner Hand. Lavalette ist von jeher nur sein Echo gewesen, und Forcade La Roquette hat sich ausdrücklich verpflichtet, daß er keinen Einfluß auf die Leitung der Wahlen ausüben werde und diese Sorge dem Staatsminister überlassen wolle. Dieser wird St. Paul zu seinem Mitarbeiter bei diesem wichtigen Geschäfte nehmen, es wäre denn, daß sich die Zweckmäßigkeit herausstellte, diesen Herrn nach Bordeaux als Präfekten zu senden, um daselbst die sehr gefährdeten Interessen der Regierung gegenüber den einflußreichen Kandidaten, wie Lavertujon, Herzogs Decazes, zu vertreten. Auch heißt es, er selber weigere sich, seine bisherige Stellung beizubehalten, trotz des Zuredens des Kaisers und des Herrn Rouher. Gressier, der neue Handelsminister, ist seines Zeichens ein Protektionist; er hat aber versprochen, er werde seine Grundsätze gebührend modifiziren. Pinard hat erst gestern um Mitternacht seine Entlassung erfahren. Moustier seinerseits erhielt noch vorgestern die Versicherung, „daß er ganz ruhig sein könne", und noch gestern Nachmittag um 4 Uhr hielt man sich im auswärtigen Amte gegen jede unliebsame Veränderung gesichert. An der Börse herrschte großer Unwille, da durch Verheimlichung der Wahrheit den kleinen Spekulanten und Renteninhabern großer Schaden zugefügt wurde, während die Gros bonnets, die gut unterrichtet waren, bei Zeiten verkaufen konnten.

Paris, 19. Dezember. St. Vallier ist zum Gesandten in Stuttgart und Chateau Rénard zum Gesandten in Dresden ernannt.

Italien. Das „Mémorial Diplomatique" bestreitet die Richtigkeit der Angabe, daß der römische Hof direkt oder indirekt die Kandidatur des Don Carlos auf den spanischen Thron begünstige: „Der Papst fahre im Gegentheile fort, der Dynastie Isabella's seine Sympathie kund zu geben; neuerdings habe er dies wieder durch ein eigenhändiges Schreiben gethan, welches der päpstliche Nuncius in Paris, Msgr. Chigi, beauftragt worden ist, der Königin Isabella zu überreichen".

Neapel, 18. Dezember. Der Berliner Maler Max Lohde, welcher zu seiner Ausbildung vom Könige von Preußen nach Italien gesandt war, ist heute hierselbst dem Typhus erlegen.

Spanien. Die „Gazeta" bringt ein Dekret, wodurch Herr Facundo Goni, spanischer Gesandter bei den Vereinigten Staaten, durch Herrn Mauricio Lopez Roberts ersetzt wird. Die Gesandtschaft in Konstantinopel wird im Range erhöht und Herr Carlos Rodrigos wird außerordentlicher Gesandter bei der Pforte. Ein Dekret des Finanz-Ministers bestätigt, daß die Lage der Depositenkasse eine der großen Schwierigkeiten für die Herstellung des nationalen Kredites ist und daß das Anlehen von 200 Millionen Thaler wesentlich dazu dienen sollte, dieser Schwierigkeit abzuhelfen. Obschon das Land und die Staatsgläubiger der Aufforderung, welche an sie ergangen, durch eine Subskription von 46 Millionen Thaler entsprochen haben, so reicht doch diese Summe nicht hin, um die Ausfälle der Depositenkasse zu decken, welche sich noch auf 90 Mill. belaufen. Verschiedene Mittel sind vorgeschlagen worden, u. A. auch eine Zwangskonversion in Rente. Der Minister hat diesen Ausweg nicht annehmen wollen, weil dadurch eine große Entwerthung der öffentlichen Fonds herbeigeführt werden würde. Er hat deshalb entschieden, daß vom 1. Januar an die Depositenkasse vollständig unabhängig und getrennt vom Staatsschatze sein soll. Die laufenden Konten und Kautionen sollen in einer Frist von einem bis sechs Monaten zurückgezahlt werden. Die freiwilligen oder nothwendigen Depositen außerhalb der laufenden Rechnungen und Kautionen bleiben zu Lasten der Depositenkasse. Zur Deckung dieser Werthe enthält die Kasse so viele Titel der Anleihe, als nöthig ist. Die Interessenten, welche ihre Depositen zurückziehen wollen, können sie in Schatzbons umwandeln.

Madrid, 19. Dezember. Aus Burgos wird gemeldet, daß die Ueberbleibsel der zersprengten Carlistenbande jetzt ebenfalls verhaftet worden sind.

Dänemark. Das Wehrpflichtgesetz kann immer noch nicht zu Stande kommen. Das Landsthing hat es allerdings am 15. Dezember in dritter Lesung mit 40 gegen 3 Stimmen genehmigt, aber am 17. Dezember beschloß das Volksthing abermals mit 51 gegen 38 Stimmen, daß die Geistlichen eben so wie alle Anderen wehrpflichtig sein sollen.

Washington, 19. Dezember. Im Senate ging heute eine Resolution durch, welche den Spaniern für ihre Bemühungen, eine liberalere Regierung zu errichten, die Sympathie des amerikanischen Senats ausspricht und sie zur Abschaffung der Sklaverei auffordert.

Rio de Janeiro, 24. November. Auf dem Kriegsschauplatze sind keine Veränderungen eingetreten.

Pommern.

Stettin, 21. Dezember. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht dem Schullehrer und Küster Johann Friedrich Oesterreich zu Gust im Kreise Fürstenthum den Adler der vierten Klasse des Königlichen Haus-Ordens von Hohenzollern zu verleihen.

— (Sitzung der Vorsteher der Kaufmannschaft vom 17. Dezember cr.) In Stelle des Hrn. Wilhelm Klemm, welcher seinen Austritt aus der Korporation erklärt hat, ist Herr Georg Bartels zum Mitglied des Vorstandes des Handlungs-Armen-Instituts erwählt worden. — Hr. Otto Thebesius hat angezeigt, daß er sein Geschäft aufgegeben habe und der Kasse des Handlungs-Armen-Instituts ein Geschenk von 100 Thlrn. offerirt, welches von dem Vorstande mit Dank angenommen worden ist.

Der bleibende Ausschuß des deutschen Handelstages, welcher bei dem Bundeskanzleramte die Feststellung der Stromschifffahrts-Verhältnisse im Wege der Gesetzgebung zu beantragen beabsichtigt, hat das Vorsteher-Amt ersucht, sich über verschiedene Materien, welche der gesetzlichen Regelung bedürfen, gutachtlich zu äußern. Die entworfenen Vorschläge und deren Motivirung wurde in der heutigen Sitzung genehmigt. Demnächst wurde das Verzeichniß der Korporations-Mitglieder für das Jahr 1869 festgestellt.

Die Herren L. Seligsohn und J. Seligsohn sind in die Korporation aufgenommen.

Wieder aufgenommen sind die Herren Scheibel u. Nieke. Ausgeschieden sind die Herren Karl Niemann, Otto Thebesius, J. F. E. Geiseler, S. Moses, H. Förster, H. Th. Ed. Wellmann und die Wittwe Lina Heymann.

— Nach dem Ministerium des Innern zugegangenen amtlichen Mittheilungen mehren sich in neuester Zeit die Fälle, in welchen Familien oder einzelnen Personen ohne andere Legitimationspapiere als eine von den Ortsbehörden beglaubigte Bescheinigung in Hamburg eintreffen, um Arbeitsverdienst zu suchen, und wenn sie diesen nicht finden, in Ermangelung aller Subsistenzmittel den dortigen Polizeibehörden zur Last fallen und mit Kosten und Weitläufigkeiten nach Preußen zurückgeschafft werden müssen. Es gewinnt sogar den Anschein, als wenn dem Vorhaben solcher Personen von Seiten der Ortsbehörden geradezu Vorschub geleistet werde, auch wenn letztere von der Mittellosigkeit der wegziehenden Personen Kenntniß haben. Um den hieraus hervorgehenden Uebelständen möglichst entgegen zu wirken, erscheint es dem Minister des Innern geboten, daß die Bevölkerung von Seiten der Provinzial- und Kreisbehörden auf die schlimmen Folgen eines leichtsinnigen Verlassens ihrer bisherigen Wohnorte in geeigneter Weise aufmerksam gemacht und daß diesem Vorhaben namentlich für solche Fälle, in welchen die Betreffenden völlig mittellos sind, durch Warnung „und durch sonstige gesetzlich zulässige Maßregeln" thunlichst vorgebeugt werde.

— Die bisher bestandene besondere Prüfungskommission für Intendanturbeamte im Kriegsministerium hat als solche aufgehört zu bestehen, und es ist an deren Stelle für den Umfang aller Militär-Verwaltungszweige, eine Ober-Militär-Examinations-Kommission mit dem Sitz in Berlin errichtet worden.

— Gestern Abend zwischen 5 und 6 Uhr brach in einem Stalle des Gasthofes „zur grünen Eiche" auf der großen Lastadie Feuer aus. Dasselbe wurde von der Feuerwehr mittelst einer Handspritze noch im Entstehen gedämpft, so daß ein Schaden fast gar nicht entstanden ist.

— Die eingetretenen Veränderungen in den Einkaufspreisen mehrerer Droguen haben eine gleichmäßige Aenderung in den Taxpreisen verschiedener Arzneimittel nothwendig gemacht. — Die hiernach abgeänderten im Drucke erschienenen Taxbestimmungen treten mit dem 1. Januar 1869 in Kraft.

— Der Gerichtshof zur Entscheidung der Kompetenz-Konflikte hat unterm 14. v. M. ein, die Entschädigung von Kriegsleistungen betreffendes wichtiges Erkenntniß dahin gefällt, daß Streitigkeiten über die Vergütigung der von den Gemeinden auf ihre Mitglieder ausgeschriebenen Kriegsleistungen von dem Rechtswege ausgeschlossen sind.

— Bei der Armee sieht man im nächsten Jahre großen militärischen Uebungen entgegen, und zwar in einem Umfang, wie solcher seit dem Feldzuge von 1866 nicht mehr statt hatte. Als dazu bestimmt bezeichnet man das erste (ostpreußische) und zweite (pommersche) Armeekorps, welche korpsweise zusammengezogen werden sollen. Im Uebrigen dürften sich die Uebungen bei der Armee nur auf den Divisionsverband beschränken.

? Von der Insel Rügen, 20. Dezbr. Der Regierungsbezirk Stralsund hat schon seit mehreren Jahren Mangel an Lehrern, so daß mehrere Schulstellen nicht besetzt werden konnten oder durch Präparanden, so gut als es ging, verwaltet werden mußten. Um mehr Lehrer heranzubilden, ist nicht nur das Seminar zu Franzburg für eine größere Anzahl Lehrer erweitert, sondern es ist auch im Sommer v. J. zu Gingst auf Rügen unter Leitung des Superintendenten Schenk ein Hülfs-Seminar mit 10 Seminaristen eröffnet, die wie in Franzburg einen dreijährigen Kursus durchmachen; aber eine Aufnahme neuer Zöglinge findet nur alle 3 Jahre statt, die nächste zu Ostern 1870. Dem Dirigenten steht der Königliche Seminarlehrer Müller zur Seite. Im jedesmaligen dritten Jahre tritt für die praktische Ausbildung der Seminaristen noch ein Hülfslehrer hinzu, der die Uebungen in einer Seminarschule leitet, die aus einer bestimmten Anzahl von Schülern aus den 3 letzten Klassen der Gingster Schule für ein Jahr zusammengesetzt wird. Nach Ablauf des Jahres treten die Schüler der Seminarschule wieder in ihre Klassen der Ortsschule zurück. Die Zöglinge des Hülfs-Seminars zahlen wie in Franzburg ein jährliches Kostgeld von 26 Thlr., doch ist ein jährlicher Zuschuß von 100 Thlr. bewilligt, aus dem unbemittelten Seminaristen ein theilweiser Erlaß des Kostgeldes oder eine andere Unterstützung gewährt werden kann. — Die Verbesserung der Schulstellen ist auch im diesseitigen Regierungsgezirk seit Anfang dieses Jahres angefangen, doch läßt das Einkommen vieler Lehrer, die eine größere Familie haben, noch manches zu wünschen übrig. Da indessen noch wohl eine weitere Aufbesserung des Einkommens mancher Lehrerstellen zu erwarten, theilweise schon angebahnt ist, darf ja wohl die Hoffnung ausgesprochen werden, daß auch wieder mehr Zöglinge sich dem Schulfache zuwenden werden, zumal da ja nun auch auf Rügen in dem Gingster Hülfs-Seminar eine neue Anstalt gegründet ist, die den einheimischen Schulamtspräparanden die Ausbildung zum Lehrfach erleichtert.

Vermischtes.

Gotha, 14. Dezember. Vor einigen Tagen ist ein in Ohrdruff in guten Verhältnissen lebender Wundarzt in das hiesige Kreisgerichtsgefängniß eingeliefert worden, weil er des Mordes an einem 17jährigen Mädchen verdächtig ist. Dieses Mädchen wurde todt und mit einem Messer in der Hand vor etwa 14 Tagen nahe bei Ohrdruff gefunden und die Vermuthung, daß der Eingelieferte der Mörder sei, scheint aus dem Umstande hervorgegangen zu sein, daß derselbe in einem sehr intimen Verhältnisse zu der Todten gestanden hat, letztere auch in einem vorgerückten Stadium der Schwangerschaft sich befindet und daß überdies das Messer in der Hand der Leiche sich als ungeeignet zu der Hervorbringung einer Wunde gezeigt hat, wie eine solche am Halse der Ermordeten sich darstellt.

— Bisher nahm man an, daß die Fische des Meeres ihre Eier auf den Meeresgrund legten, daß sie hierzu bei der kolosalen Durchschnittstiefe des Weltmeeres — da vermuthlich über eine gewisse Tiefe hinaus kein Fisch mehr existiren kann, um den Meeresboden erreichen zu können, ungeheuere Reisen machen müssen und auch wirklich machen, steht bei vielen auch fest, wie z. B. beim Häring. Von den Stockfischen aber und den Makrelen dasselbe anzunehmen, ist nach der Behauptung des Forschers Sars jur. ein Irrthum; derselbe behauptet vielmehr, daß diese ihre Eier an die Oberfläche des Meeres legen, woselbst diese während ihrer ganzen Entwicklungsperiode herumschwimmen. Bei den Eiern der Makrele hat Herr Sars noch diejenigen von 6 andern Fischen gefunden. Die Eier dieser Fische erhalten ihre Schwimmkraft durch eine, sie in Tropfengestalt umhüllende ölige Flüssigkeit, welche die ganze Wachsperiode des Eies über dauert und selbst noch an dem Dottersack des jungen Fisches zu bemerken ist.

Literarisches.

George, Rede bei der Schleiermacherfeier, gehalten zu Greifswald 1868. Die Rede hebt von der positiven Seite der Schleiermacher'schen Schule aus die großen Verdienste des Verewigten um Kirche und Wissenschaft hervor. Wer, wie ich, ruft er aus, das Glück gehabt hat, zu den Füßen des Meisters zu sitzen und auf seine Worte zu lauschen, weiß zu erzählen von dem magischen Zauber, den seine frei und leicht dahinfließende Rede auf die Gemüther seiner Zuhörer ausübte, und mit Begeisterung denke ich noch heute an jene schöne Zeit zurück, wo sein eminenter Geist in unmittelbarer lebendiger Produktion zu unserem Geiste sprach und uns zu gewaltiger Arbeit und Anstrengung anregte, bis wir mit allmälichem Verständniß seinen Gedankenblitzen und den Räthseln und Irrfahrten seiner Redewendungen folgen konnten.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 19. Dezbr. Angekommene Schiffe: Regulus, Burgwardt von Troon. Navigator, Wilhelm von Shields. Mathilde, Lemström von Bremen.

Börsen-Berichte.

Stettin, 21. Dezbr. Witterung: regnig. Wind N. Temperatur + 3° R.

An der Börse.

Weizen etwas fester, pr. 2125 Pfd. gelber inländ. 66 bis 68½ Rt., feinster 69 Rt., bunter 66—67 Rt., weißer 68—71½ Rt., ungar. 57½—60 Rt., 83—85pfd. pr. Dez. 69 Rt. nom., Frühjahr 68½, ¾, ⅞ Rt. bez., ¾ Br. u. Gd., Mai-Juni 69½ Rt. Br.

Roggen loco und nahe Termine matt, spätere fest, per 2000 Pfd. loco 50—50½ Rt. bez., feinster 50¾ Rt. bez., Dezember 50½, ¼ Rt. bez., Dezember-Januar 50 Rt. Br., Frühjahr 50½, ¾, 51 Rt. bez., 50¾ Gd., Mai-Juni 51¼ Rt. Br.

Gerste fester, pr. 1750 Pfd. loco pomm. 49 bis 49¾ Rt., ungar. 41—43 Rt., feine 45—47 Rt., Märker 51—52 Rt.

Hafer pr. 1300 Pfd. loco 33½—34½ Rt., 47- bis 50pfd. Frühj. 34 Rt. Gd.

Erbsen loco pr. 2250 Pfd. 57—58 Rt., feinste 59 Rt.

Rüböl still, loco 9¼ Rt. Br., pr. Dezember-Jan. 9⅛ Rt. Br., 9 1/12 Gd., Januar-Februar 9⅙ Rt. Br., 9⅛ Gd., April-Mai 9½ Rt. Br. u. Gd., September-Oktbr. 9⅚ Rt. Br.

Spiritus wenig verändert, ohne Geschäft, loco ohne Faß 15 1/12 Rt. bez., Dezember und Dezember-Januar 14 11/12 Gd., Januar-Februar 15 Rt. Gd., Febr.-März 15⅓ Rt. Br., Frühj. 15½ Br., 5/12 Gd.

Angemeldet: 200 Ctr. Rüböl.

Regulirungs-Preise: Weizen 69, Roggen 51½, Rüböl 9⅛, Spiritus 14 11/12.

Coursnotirungen wurden an der heutigen Börse nicht gemacht.

Berlin, 20. Dezember. Staatsschuldscheine 80¾. Staats-Anleihe 4½% 92¾. Pomm. Pfandbriefe 83. Berlin-Stettiner Eisenbahn-Aktien 128¾. Meckl. Eisenbahn-Aktien 72⅛. Oberschlesische Eisenbahn-Aktien 190½. Stargard-Posener Eisenb.-Aktien 93¼. Oesterr. National-Anleihe 52½. Oesterreichische Banknoten 84⅜. Russ. Noten 82½. Amerikaner 6% 78¾. Hamburg 2 Mt. —. London 3 Mt. —. Paris 2 Mt. —. Wien 2 Mt. Wien 83⅝. Petersburg 3 W. 91¼. Cosel-Oderberger 111⅞. Lombarden 109¼.

Weizen still, per Dezember 62¾, April-Mai 62. Roggen fest, per Dezember 52¾, ⅝, Dezember-Januar 51⅛, 51, April-Mai 50½, ⅞. Rüböl fester, loco 9 5/12, per Dezember 9 7/24, ¼, per April-Mai 9 17/24. Spiritus befestigend, loco 15 5/24, pr. Dezbr. 15¼, ⅓, Januar-Febr. 15¼, ⅜, pr. April-Mai 15¾, ⅞. Hafer per Frühjahr 31⅝.